

Vertrag zu Los 1¹

über die Lieferung von Biofiltern für die
Kreislaufwirtschaft Neckar-Odenwald AöR



Zwischen

der Kreislaufwirtschaft Neckar-Odenwald - AöR (KWIn)

Sansenhecken 1

74722 Buchen

– im Folgenden Auftraggeber [AG] genannt –

und

– im Folgenden Auftragnehmer [AN] genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

¹ Dieser Vertragsentwurf wird nach dem Zuschlag im Vergabeverfahren zur Dokumentation von beiden Parteien unterzeichnet. Es wird darauf hingewiesen, dass das Auftragsverhältnis bereits mit der **Zuschlagserteilung** im Vergabeverfahren zu Stande kommt.

INHALT

BLOCK B - VERTRAG

§ 1	Vertragsgegenstand und Grundlagen / Vertragslaufzeit	3
§ 2	Technische Spezifikation, Beschaffenheit und Qualität.....	4
§ 3	Kaufpreis	4
§ 4	Prozedere des weiteren Abrufs /Lieferfrist	5
§ 5	Eigentum und Gefahrübergang	5
§ 6	Fälligkeit und Zahlungen.....	6
§ 7	Gewährleistung und Garantie	6
§ 8	Versicherung, Höhere Gewalt	6
§ 9	Vertragsstrafe	6
§ 10	Kündigung aus wichtigem Grund	7
§ 11	Kündigung wegen Rechtsverletzungen	7
§ 12	Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge	8
§ 13	Nachträgliche Unterbeauftragung	8
§ 14	Salvatorische Klausel	9
§ 15	Schlussbestimmungen	9

ANLAGEN ZUM VERTRAG

- Anlage 1: Preisblatt
Anlage 2: Besondere Vertragsbedingungen LTMG

BLOCK B – Vertrag

§ 1 Vertragsgegenstand und Grundlagen / Vertragslaufzeit

- (1) Vertragsgegenstand ist die Festlegung von Rahmenbedingungen für die Lieferung von Biofiltern gemäß der nachfolgenden Leistungsbeschreibung von einem Hersteller frei Haus zu dem vom AG definierten Lieferort des AG.
- (2) Im Einzelnen handelt es sich um folgende Höchstmengen, die im Rahmen eines Zeitraumes von fünf Jahren abgerufen werden:

Filter Typ A (MGB 60 - 120 l)	Filter Typ B (MGB 240 l)	Gesamtmenge Biotonnen
24.158	317	24.475

Die Leistungen werden auf die Dauer von fünf Jahren ab dem 01.01.2027 vergeben. Die Beauftragung endet somit zum 31.12.2031.

- (3) Soweit dieser Vertrag keine entgegenstehenden Vereinbarungen beinhaltet, sind

- das Angebot des AN vom _____² nebst Anlagen und
- die übrigen Vergabeunterlagen nebst Anlagen ergänzend heranzuziehen.

In Zweifelsfällen ist für die Auslegung des Vertrages der in den gesamten Vergabeunterlagen zum Ausdruck gekommene Wille des AG ausschlaggebend. Als Widerspruch gilt nicht, wenn in den Vergabeunterlagen oder im Vertrag jeweils Nebenpflichten einer Vertragspartei begründet sind, die im jeweils anderen Dokument fehlen.

- (4) Weiter liegen dem Vertrag zu Grunde:

- Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV –),
- Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
- die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil B –, Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),

in der jeweils zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausschreibung geltenden Fassung.

- (5) Bei etwaigen Widersprüchen vertraglicher Regelungen zu solchen der VOL/B gehen die Regelungen der VOL/B vor.
- (6) Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des AN werden nicht Bestandteil dieses Vertrages.
- (7) Die Mengenangaben in den Preisblättern basieren auf Prognosen. Eine wesentliche Änderung der Mengen wird aber nicht erwartet. Mögliche Abweichungen der tatsächlichen Mengen oder sonstigen Leistungsannahmen zu den Mengenaufkommen der Vergangenheit oder den vom AN selbst zu Grunde gelegten eigenen Prognosen oder den in den Preisblättern angegebenen Mengengerüsten bzw. sonstigen Leistungsannahmen allein berechtigen keinen der Vertragspartner dazu, eine Anpassung der Vergütung zu verlangen. Keinesfalls berechtigen Mengenabweichungen gegenüber den Angaben in den Preisblättern in einem Korridor von +/- 10 % die Vertragspartner zu einem Entgeltanpassungsverlangen. Diese Mengenschwankungen hat der AN auf jeden Fall in seine Angebotspreise einzukalkulieren. § 2 Nr. 3 VOL/B bleibt unberührt. Mengenabweichungen außerhalb des Korridors von +/- 10 % begründen dann einen Anspruch des einen Vertragspartners gegen den jeweils anderen Vertragspartner auf eine Anpassung der Entgelte,

² Wird gemäß Angebot des AN ergänzt.

wenn die Mengenveränderung nachweislich die Kostenstruktur des AN wesentlich beeinflusst. Die Führung des Nachweises obliegt derjenigen Vertragspartei, die eine Entgeltanpassung begehrt.

§ 2 Technische Spezifikation, Beschaffenheit und Qualität

- (1) Die Anforderungen an die technischen Spezifikationen, die Beschaffenheit und die Qualität der Biofilter lauten wie folgt:

Filtermaterial	Material auf Basis von Kokosfasern. Dieses ist mit hitze- und trockenheitstoleranten Mikroorganismen der <i>Bacillus subtilis</i> Gruppe versehen und ist einschließlich aller Zuschlagstoffe trocken, verdichtet als Pressling und entspricht in der Form den Filterkammern (siehe Typen). Der Filter muss einen gesicherten Gasdurchtritt ermöglichen.
Funktions- und Lagerfähigkeit	Die Funktionslaufzeit beträgt nach Aktivierung mindestens zwei Jahre. Das Material kann inaktiv mindestens drei Jahre gelagert werden und ist dann bei Aktivierung voll funktionsfähig. Aktivierung der Biofilter durch Feuchtigkeit. Wirkungsgrad bei biogenen Hausabfällen > 90%. Keine Funktionsstörungen durch Versäuern. Keine Einlaufphase bei kontinuierlicher Leistung. Am Ende der funktionalen Laufzeit des Biofilters ist eine Entsorgung über die Biotonne möglich.
Normen	Mikroorganismen müssen nach dem Merkblatt B 006 der BG Chemie (Berufsgenossenschaft) für Mensch und Umwelt als ungefährlich eingestuft sein.
Filter Typ A	Der Filter Typ A für den sich im einsatzbefindenden Biologic Biofilterdeckel von Abfallsammelbehälter 60 bis 120 l bestehend aus vier Filtereinsätzen
Filter Typ B	Der Filter Typ B für den sich im einsatzbefindenden Biologic Biofilterdeckel von Abfallsammelbehälter 240 l bestehend aus drei Filtereinsätzen.

- (2) Der AN hat dem AG einen Ansprechpartner zu benennen, der alle Erklärungen des AG verbindlich entgegennimmt und die Leistungserbringung des AN organisiert und überwacht.

§ 3 Kaufpreis

- (1) Der Preis für die nach diesem Vertrag zu erbringenden Leistungspflichten einschließlich Lieferung und sonstiger weiterer Leistungspflichten ergibt sich aus dem Preisangebot des AN, das als **Anlage 1** zu diesem Vertrag genommen wird. Dem dort ausgewiesenen Preis ist die zum Zeitpunkt der Lieferung geltende MwSt. hinzuzurechnen.
- (2) Etwaige Patentgebühren und Lizenzvergütungen sind durch den Kaufpreis abgegolten.

- (3) Die Preisvereinbarung dieses Vertrages unterliegt den Bestimmungen der jeweils geltenden Fassung der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und ggf. einer Preisprüfung. Die in diesem Vertrag vereinbarten Preise gelten als Marktpreise im Sinne der o. a. Verordnung, soweit nicht in dem Vertrag ausdrücklich ein anderer Preistyp angegeben ist.
- (4) Mit der Annahme des Auftrags ist der AN verpflichtet, der zuständigen Preisbehörde auf Verlangen nachzuweisen, dass es sich um einen Marktpreis handelt. Kann aufgrund der Preisprüfung ein Marktpreis nicht festgestellt werden, gilt der vereinbarte Preis als Selbstkostenpreis im Sinne der entsprechenden Preisverordnung. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Preisbehörde nach den Vorschriften der LSP-Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten einen Selbstkostenfestpreis, Selbstkostenrichtpreis oder Selbstkostenerstattungspreis zu ermitteln und abzurechnen. Bei der Abrechnung zu Selbstkosten wird zur Abgeltung des kalkulatorischen Gewinns ein Satz für höchstens 5 v. H. der Netto-Selbstkosten als angemessen betrachtet. Eine Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals von 6,5 v. H. darf nicht überschritten werden.
- (5) Sofern sich die Preise aufgrund einer Prüfung nach der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen als unzulässig erweisen, so gilt für die Vergütung jeweils der preisrechtlich zulässige Preis.

§ 4 Prozedere des weiteren Abrufs /Lieferfrist

- (1) Der AG ruft Bestellmengen schriftlich jährlich zeitnah (ca. 6-8 Wochen) vor Leistungsbeginn ab. Die Verteilzeiträume werden 2027, 2028 sowie 2030 und 2031 jeweils im Frühjahr (März/April) erfolgen. Die damit abgerufenen Biofilter müssen innerhalb von 6 Wochen nach dem Abruf ausgeliefert werden.
- (2) Die Anlieferung ist dem AG spätestens einen Tag vor dem Liefertermin schriftlich anzuzeigen und zu avisieren.
- (3) Die Lieferung hat Montag bis Freitag zwischen 8:00 Uhr und 14:00 Uhr zu erfolgen.
- (4) Die Vertragspartner vereinbaren eine förmliche, schriftliche Abnahme.

§ 5 Eigentum und Gefahrübergang

- (1) Der AN transportiert die Biofilter auf eigene Gefahr und Kosten zur Anlieferungsstelle. Die Biofilter sind in einfachster Verpackungsform (lose, in Karton) zu transportieren, sodass keine Nässe oder Feuchte die Filter aktiviert. Anlieferungsstelle ist die **Betriebsstätte Bödighheim, Zum Mühlrain 34 - 74722 Buchen-Bödighheim**, ggf. ist eine alternative, zweite Anlieferungsstelle des AG anzufahren, diese befindet sich bei der Deponie Z.E.U.S. Sansenhecken 1, 74722 Buchen. Die Anlieferungsstelle wird dem AN beim Abruf mitgeteilt. Die Entladung der anliefernden Transportfahrzeuge erfolgt durch den AG. Die anschließende Verteilung und Montage der Biofilter übernimmt der AG bzw. ein von ihm beauftragter Dritter.
- (2) Die Gefahr, insbesondere diejenige des zufälligen Untergangs, trägt bis zur Abnahme einer Lieferung der AN.
- (3) Bei Lieferungen, die den Anforderungen nach den Technischen Spezifikationen nicht entsprechen, verbleibt die Gefahr beim AN.
- (4) Der AN hat dem AG lastenfreies Eigentum an den zu liefernden Biofiltern zu verschaffen.

§ 6 Fälligkeit und Zahlungen

- (1) Die Rechnungsstellung erfolgt nach Lieferung und Abnahme der entsprechenden Teilmengen. Aus der Rechnung muss eine individuelle Zuordnung zu den jeweils gelieferten Biofiltern möglich sein.
- (2) Der Kaufpreis wird fällig nach erfolgter Abnahme und Vorlage einer prüffähigen Rechnung in einfacher Ausfertigung. Diese ist in digitaler Form per E-Mail an den AG zu übermitteln.
- (3) Die Rechnung ist innerhalb von 4 Wochen nach Erhalt einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung bargeldlos zahlbar.
- (4) Forderungen des AN gegen den AG können ohne Zustimmung des AG nur abgetreten werden, wenn die Abtretung sich auf alle Forderungen in voller Höhe aus dem genau bezeichneten Auftrag einschließlich aller etwaigen Nebenrechte erstreckt. Teilabtretungen sind nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG gegen ihn wirksam.

§ 7 Gewährleistung und Garantie

- (1) Die Gewährleistungsfrist beträgt 3 Jahre und beginnt mit der Abnahme der jeweils abgerufenen Menge an Biofiltern.
- (2) Die Gewährleistung richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 8 Versicherung, Höhere Gewalt

- (1) Die Haftung richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Bestimmungen der VOL/B, sofern in diesem Vertrag keine anderen Regelungen getroffen werden.
- (2) Der AN verpflichtet sich, zur Abdeckung der Haftungsrisiken eine entsprechende Haftpflichtversicherung abzuschließen. Die Deckungssummen je Schadensfall müssen mindestens betragen:
 - für Personenschäden EUR 2,5 Mio.,
 - für Sachschäden EUR 1 Mio.,
 - für Vermögensschäden EUR 0,25 Mio.
- (3) Von Ansprüchen Dritter, die gegenüber dem AG wegen Schäden erhoben werden, die der AN bei der oder infolge der Leistungserbringung verursacht hat, hat der AN den AG auf erstes Anfordern hin freizustellen. Gleiches gilt für etwaige eigene Prozess- und/oder Rechtsanwaltskosten.
- (4) Ist der AN durch höhere Gewalt, insbesondere Krieg, kriegsähnliche Ereignisse und Naturkatastrophen oder wegen Streiks und Aussperrungen an der Erfüllung seiner Leistungsverpflichtungen gehindert, so ruhen bis zum Wegfall des ursächlichen Ereignisses die wechselseitigen Pflichten zur Vertragserfüllung.

§ 9 Vertragsstrafe

- (1) Im Falle einer vom AN zu vertretenden Überschreitung der geltenden Lieferfristen verpflichtet sich der AN zur Zahlung einer Vertragsstrafe in Höhe von 4 % der Bruttoauftragssumme des Einzelabrufs je angefangener Woche der Fristüberschreitung.
- (2) Für die vereinbarte Vertragsstrafe gelten die §§ 336 bis 345 BGB, sofern sich aus den nachfolgenden Regelungen keine Abweichungen ergeben. Die Vertragsstrafen haben den Zweck, die Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag zu sichern. Die Vertragsstrafen sind nicht verwirkt, wenn

der AN eine Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat; die Beweislast für das Nichtvertretenmüssen trägt der AN.

- (3) § 343 BGB wird abbedungen (Angemessenheitskontrolle).
- (4) Die Gesamtsumme der Vertragsstrafe nach Abs. 1 darf einen Betrag von maximal 5 % des Gesamtkaufpreises nicht überschreiten.
- (5) Die Geltendmachung eines höheren Schadens wird durch das Vertragsstrafeversprechen nicht ausgeschlossen. Etwaige geleistete Zahlungen auf die Vertragsstrafe hin sind auf einen Schadensersatzanspruch anzurechnen.

§ 10 Kündigung aus wichtigem Grund

- (1) Jede der Vertragsparteien hat das Recht, diesen Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Ein wichtiger Grund ist insbesondere in folgenden Fällen gegeben:
 - (1.1) Bei Vorliegen höherer Gewalt, deren Entwicklung sich so gestaltet, dass nach billigem Ermessen weder dem einen noch dem anderen Teil die Aufrechterhaltung des Vertrages auf Dauer zugemutet werden kann;
 - (1.2) wenn der AN den sich aus seinen Gewährleistungs- und Garantiepflichten ergebenden Verpflichtungen nicht nachkommt;
 - (1.3) bei nachhaltigen Pflichtverletzungen aus diesem Vertrag.
- (2) Die Kündigung hat durch Einschreibebrief zu erfolgen. Vor Ausspruch der Kündigung muss der AG dem AN im Falle von § 10 Abs. 1.2 und 1.3 und unter Hinweis auf das bestehende Kündigungsrecht erfolglos schriftlich abgemahnt haben. Eine erfolglose Abmahnung liegt dann vor, wenn der AN den angemahnten Umstand nicht innerhalb von 14 Tagen abstellt.
- (3) Das Recht, Schadensersatz statt der Leistung zu verlangen, wird durch die Kündigung nicht eingeschränkt oder ausgeschlossen.

§ 11 Kündigung wegen Rechtsverletzungen

- (1) Gewährt, verspricht oder bietet der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf deren Zugehörigkeit zur Verwaltung oder dem Unternehmen des AG oder solchen Personen nahe stehenden Personen, Vorteile im Sinne der §§ 331 ff. Strafgesetzbuch (StGB) an, so ist der AG berechtigt, diesen Vertrag mit oder ohne Einhaltung von Fristen zu kündigen. Gleiches gilt für den Fall, dass er solchen Personen vor Zustandekommen dieses Vertrages derartige Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat.
- (2) Nicht als Vorteil im Sinne dieses Vertrages gelten hingegen die der Geschäftswerbung dienenden Gegenstände oder Leistungen, wie sie im redlichen Geschäftsverkehr nach einheitlichen Gesichtspunkten (bspw. aus Anlass des Weihnachtsfests) von dem AN seinen Geschäftskunden gewährt werden. Dies gilt insbesondere für Werbegegenstände von geringem Wert, die als solche durch eine dauerhaft und deutlich sichtbare Bezeichnung des AN (Firma oder Marke u. ä.) gekennzeichnet sind.
- (3) Der AG kann den Vertrag kündigen, wenn sich der AN nachweislich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne des § 1 des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat, insbesondere mit anderen Bietern oder potentiellen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise, Bindungen sonstiger Entgelte, Gewinnaufschläge, Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile, Zahlungs-, Lieferungs-

oder andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen, die Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen oder Gewinnbeteiligungen oder andere Angaben eine Verabredung getroffen oder eine Empfehlung ausgesprochen hat, es sei denn, dass diese kartellrechtlich zulässig sind.

- (4) Derartigen Handlungen des AN stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind oder in dessen Auftrag handeln bzw. gehandelt haben.
- (5) Gibt der AN in seinem Angebot vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen ab, so berechtigt dies den AG zur Kündigung dieses Vertrages.
- (6) Übt der AG sein Kündigungsrecht gem. Abs. 1, 3 oder 5 aus, so kann er die empfangenen Leistungen ganz oder teilweise zurückgeben. Der AN hat dann die auf den zurückzugebenden Teil empfangenen Leistungen ebenfalls zurückzuerstatten. Behält der AG hingegen Leistungen ganz oder teilweise, so hat er deren Wert zu vergüten. Ergänzend gelten die gesetzlichen Bestimmungen über den Rücktritt.

§ 12 Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge

- (1) Änderungen und Ergänzungen zu diesem Vertrag bedürfen der Schriftform. Dies gilt insbesondere auch für einen Verzicht auf dieses Schriftformerfordernis. Mündliche Nebenabreden sind nicht bindend. Alle Vertragsergänzungen sind in einem beiderseits rechtsverbindlich unterzeichneten Dokument und mit fortlaufender Nummer der Vertragsergänzung niederzulegen, von dem jeder Vertragspartner ein Exemplar erhält.
- (2) Beide Vertragspartner erklären, dass bei Unstimmigkeiten die gütliche Einigung den Vorrang vor gerichtlichem Vorgehen haben soll.
- (3) Vor der Übertragung der Gesellschaft des Unternehmers auf einen Rechtsnachfolger, auch infolge von Umwandlungsvorgängen nach dem UmwG, ist die Zustimmung des AG einzuholen. Die Zustimmungspflicht gilt auch bei Veränderungen in der Gesellschafterstruktur des Unternehmers, die dem AG stets mitzuteilen ist. Der AG kann nur in begründeten Fällen seine Zustimmung verweigern.

§ 13 Nachträgliche Unterbeauftragung

- (1) Der AN hat die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Die Weitergabe einzelner Leistungen an Unterauftragnehmer ist nur in den Fällen zulässig, in denen der Unterauftragnehmer seine Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) vor Aufnahme des Tätigwerdens nachweist und bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG, es sei denn, der Unterauftragnehmer wurde bereits im Angebot des AN benannt. Für den Unterauftragnehmer gelten die gleichen Eignungsanforderungen wie für den Hauptauftragnehmer. Der AG wird seine Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt unberührt.

Einer Zustimmung zum Einsatz von Unterauftragnehmern für Transportleistungen bedarf es nicht.

- (2) Die Zustimmung des AG zum Einsatz eines Unterauftragnehmers ist schriftlich zu beantragen. Dem AG sind zusammen mit der Beantragung entsprechende Unterlagen vorzulegen, damit er die Eignung des Unterauftragnehmers prüfen kann. Der AG wird der Beauftragung des Unterauftragnehmers erst zustimmen, wenn die entsprechenden Unterlagen vorgelegt und geprüft worden sind.

- (3) Der AN hat sicherzustellen, dass sein Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen selbst erbringt. Eine noch weitergehende Unterbeauftragung ist unzulässig. Der AN haftet für die Erfüllung dieses Vertrages auch bei Beauftragung eines Unterauftragnehmers in vollem Umfang.

§ 14 Salvatorische Klausel

- (1) Die Gültigkeit dieses Vertrages wird durch die etwaige Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen nicht berührt. Gleiches gilt, wenn sich erst nachträglich die Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einer Bestimmung ergibt.
- (2) Beide Vertragspartner verpflichten sich, nichtige oder unwirksame Vertragsbestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem, mit diesem Vertrag angestrebten, Erfolg sachlich, technisch und wirtschaftlich am nächsten kommen.

§ 15 Schlussbestimmungen

- (1) Die im Inhaltsverzeichnis genannten Anlagen werden Vertragsbestandteil.
- (2) Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt, wobei jeder Vertragspartner ein Original erhält.
- (3) Sofern in diesem Vertrag nicht ausdrücklich Abweichendes festgelegt ist, werden Mitteilungen, die nach dem Vertrag erforderlich sind, schriftlich übermittelt.
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages und Nebenabreden zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform; sie sind in einem beiderseits rechtsverbindlich unterzeichneten Dokument und fortlaufender Nummer der Vertragsergänzungen niederzulegen, von dem jeder Vertragspartner ein Exemplar erhält. Das Erfordernis der Schriftform kann nur durch eine schriftliche Vereinbarung der Vertragsparteien aufgehoben werden.
- (5) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag.
- (6) Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Buchen.

Buchen, den _____._____.

_____, den _____._____.

Für den AG
[Name]
[Funktion]

Für den AN
[Name]
[Funktion]